

Bericht aus laufender Forschung

Petra Ahrens

Anti-feministische Politiker*innen im Frauenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments

Rechtsgerichtete Parteien, die oft auch anti-feministische Positionen vertreten, sind mit wenigen Ausnahmen in allen nationalen Parlamenten der Europäischen Union (EU) vertreten (Köttig / Petö / Bitzan 2017). Das Europäische Parlament (EP) ist keine Ausnahme: Solche Parteien sind seit der ersten Direktwahl (1979) vertreten, allerdings fanden sie erst seit 2009 die notwendige Anzahl von Abgeordneten (MEPs) und genügend inhaltliche Übereinstimmung, um Fraktion(en) zu bilden.¹

Die Frage nach dem potenziellen Einfluss rechtsgerichteter Fraktionen ist angesichts der zunehmenden Macht des EP und dessen Beteiligung an europäischen Gesetzgebungsverfahren eine substanzielle. Zwar ist eine »große Koalition« aus Europäischer Volkspartei (EVP) und der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) immer noch zentral für legislative Prozesse, aber auch zwischen den beiden Fraktionen nehmen inhaltliche Kämpfe zu gesellschaftspolitischen Fragen zu (Kantola / Rolandsen Agustín 2016).

Das EP gilt in der genderorientierten EU-Forschung regelmäßig als fortschrittlich, wenngleich neuere Entwicklungen ambivalent sind (Abels / Mushaben 2014). Eine bedeutende Rolle spielt dabei der als progressiv geltende Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) (Ahrens 2016; Rolandsen Agustín 2012). Hier hat neben der großen Koalition auch eine Mitte-Links-Koalition aus S&D, der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), der Vereinten Europäische Linke / Nordische Grüne Linke (GUE / NGL) und den Grünen / Europäische Freie Allianz (Grüne / EFA) eine stabile Mehrheit, wodurch diese die Ausschussposition stärker formen können als im

¹ 1984–1989 gab es die französisch-italienisch-griechische »Fraktion der Europäischen Rechten«.

EP-Plenum (Warasin 2016). Wie sich im EP-Kontext die seit 2009 zunehmende Anzahl rechtsgerichteter MEPs auswirkt, ist eine offene Frage. Ob sie Möglichkeiten im FEMM-Ausschuss und im EP haben, neoreaktionäre Politiken zu etablieren und zu normalisieren wird in diesem Beitrag schlaglichtartig untersucht.

Eingangs erläutere ich die Rolle des EP, den Anteil rechtsgerichteter Fraktionen und ihre Positionen zu Gleichstellung sowie das Ausschusswesen und den FEMM-Ausschuss. Anschließend analysiere ich Aktivitäten von MEPs im FEMM-Ausschuss, die gleichzeitig Fraktionsmitglieder einer der eher rechtsgerichteten Fraktionen sind: Europa der Nationen und der Freiheit (ENF), Europäische Konservative und Reformisten (EKR) und Europa der Freiheit und direkten Demokratie (EFDD). Auf der empirischen Grundlage gehe ich in einem Ausblick auf mögliche Erklärungsansätze für die Entwicklungen im breiteren Kontext des EP ein.

Fraktionen, Ausschüsse und MEPs im EP

Das EP ist neben der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union die dritte zentrale supranationale Institution. Die Kommission hat das Initiativrecht für Gesetzesvorschläge, während das EP seit dem Lissabon-Vertrag (2007) in fast allen Gesetzgebungsverfahren gleiche Rechte wie der Rat hat, da das Ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 294 AEUV) auf viele EU-Politikfelder ausgedehnt wurde. Anders als in den Mitgliedsstaaten gibt es keine Regierung auf der Grundlage eines Parlaments und demnach auch keine Opposition im eigentlichen Sinne. Die nationalen Parteien bilden aktuell acht supranationale Fraktionen.²

Tabelle 1: EP-Fraktionen Legislaturperiode 2014–2019

Name	Mandate	Mandatsanteil in %	Anzahl Länder	Anteil Frauen in %	Anteil Männer in %
EVP	219	28,8	27	30,3	69,7
S&D	189	25,3	28	45,0	55,0
EKR	71	9,9	18	21,4	78,6
ALDE	68	9,1	21	40,0	60,0
GUE/NGL	52	6,9	14	50,0	50,0

² Die Fraktionen bestehen aus mindestens 25 MEP und mindestens sieben Mitgliedsstaaten.

Name	Mandate	Mandatsanteil in %	Anzahl Länder	Anteil Frauen in %	Anteil Männer in %
Grüne / EFA	51	6,8	18	42,0	58,0
EFDD	44	6,0	8	38,6	61,4
ENF	36	4,9	9	30,5	69,5

Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/hemicycle.html>, Stand März 2018.

Frauen-/Männeranteil: eigene Berechnung.

Das EP hat, verglichen mit den mitgliedstaatlichen Parlamenten, einen relativ hohen Frauenanteil, der aber sowohl in den Mitgliedsländern als auch zwischen den EP-Fraktionen variiert. Unter fraktionslosen MEP und der EKR ist der Frauenanteil gering, während einige rechtsgerichtete nationale Parteien überraschenderweise einen recht hohen Frauenanteil hatten (Abels / Mushaben 2014, 144). Dass Frauen zunehmend wichtige Positionen in rechtsgerichteten Parteien einnehmen und auch als Mitglieder und Wählerinnen zu deren Erfolg beitragen, ist eine neue Entwicklung (Hentges / Nottbohm 2017; Mudde 2007).

Gegenwärtig können die drei Fraktionen EKR, EFDD, und ENF als rechtsgerichtet charakterisiert werden, da entsprechende nationale Parteien die Mitgliedschaft haben (Mudde 2014). In der EKR sind das z. B. die polnische Recht und Gerechtigkeit (PiS), die Dänische Volkspartei und die deutschen Liberal-Konservativen Reformer (LKR; ehemals ALFA), bei der EFDD z. B. die britische UKIP, das italienische Movimento 5 Stelle (M5S), die Schwedendemokraten und der verbliebene AfD-MEP, und in der ENF z. B. der französische Front National (FN), die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die italienische Lega Nord und die deutsche Blaue Partei. Während EKR und EFDD schon in der Legislaturperiode 2009–2014 eine Fraktion waren, wurde die ENF nach den EP-Wahlen 2014 gegründet. Die EKR ist mit 71 MEP die drittgrößte Fraktion, während EFDD (44 MEP) und ENF (36 MEP) die zweitkleinste, bzw. kleinste Fraktion bilden. Die drei Fraktionen haben 151 Stimmen und somit nicht die für EP-Entscheidungen notwendige eigene Mehrheit (aktuell 376 Stimmen). Sie machen auch keine gemeinsame Politik (Janssen 2013; Mudde 2014), und die innerfraktionelle Zusammenarbeit bei EKR und EFDD ist verglichen mit anderen Fraktionen gering: So lag z. B. zu Gleichstellung die Intra-Group-Kohäsion von EFDD nur bei rund 80% und von EKR bei unter 50% (Warasin 2016).³

³ Intra-Group-Kohäsion misst einheitliches Abstimmungsverhalten innerhalb von Fraktionen. Bei Gleichstellung liegen ALDE und EVP bei rund 80%, S&D, Grüne / EFA

Die Forschung zu anti-feministischen Positionen innerhalb der drei rechtsgerichteten Fraktionen auf supranationaler Ebene steckt noch in den Anfängen und beschränkt sich auf die Legislaturperiode 2009–2014. Janssen (2013) hat zu Anti-Diskriminierungspolitik festgestellt, dass die damals fraktionslosen rechtsgerichteten MEP, die EKR, und die EFD (jetzt EFDD) sich gleichermaßen gegen Diskriminierungsschutz auf Grund sexueller Orientierung positionierten und zudem rassistische und völkische Positionen bezogen. Kriszan und Siim (2018) zeigen, dass diese sich ungleich verteilen und genauer nach Ländern geschaut werden müsse. Im EP-Wahlkampf 2014 verfolgten rechtsgerichtete Parteien einen »Femonationalismus« (Farris 2017), während völkische Perspektiven auf Gleichstellung und Familie in nordeuropäischen Ländern kaum eine Rolle, aber in Süd-, Mittel-, und Osteuropa sowie Deutschland zentral waren.⁴

Da weitere Erkenntnisse zum EP fehlen lassen sich Rückschlüsse über nationale Parteien ziehen. Gleichstellungspolitik und Geschlechterverhältnisse sind ein verbindendes aber sekundäres Thema rechtsgerichteter Parteien, da es kaum einheitliche Positionen zu Familienpolitik, Frauenerwerbstätigkeit, Quoten, Feminismus oder Abtreibung gibt (Kováts 2018; Mudde 2007, 92–97). Antifeministische und europakritische Positionen vermischen sich bei den Führungsfrauen des Front National (Marine Le Pen) und der AfD (Frauke Petry, Beatrix von Storch), aber es gibt inhaltliche Unterschiede (Hentges/Nottbohm 2017, 175).⁵ Le Pen verkörpere gezielt ein Frauen- und Familienbild, bei dem Berufstätigkeit und alleinerziehende Mutterschaft zusammengehören und »in den offiziellen Dokumenten des FN [finden sich] kaum Aussagen zu den Themen Gender oder Feminismus, auch nicht im Hinblick auf die EU« (Hentges/Nottbohm 2017, 180). Verbindend seien wiederum die Positionierung gegen Gender Mainstreaming, Gender Studies, die sogenannte Ehe für alle, und modernisierte Bildungspläne im Bereich Sexualerziehung während gleichzeitig eine islamfeindliche Instrumentalisierung von Frauenrechten stattfindet. Insgesamt ist somit erwartbar, dass auch rechtsgerichtete EP-Fraktionen ein anti-feministisches, völkisches, homophobes und rechtskonservatives Familien- und Frauenbild vertreten (Köttig/Petö/Bitzan 2017; Kováts/Poim 2015).

und GUE/NGL bei über 95% (Warasin 2016), wobei das bei umkämpften Fragen abweicht (Kantola und Rolandsen-Agustín 2016); zur ENF liegen bisher keine Daten vor.

⁴ Vgl. zu Antifeminismus und Opposition gegen Gleichstellungspolitik auch Kemper (2014), Köttig, Petö und Bitzan (2017), Kováts und Poim (2015) und Kuhar und Paternotte (2017).

⁵ Petry hat nach der Bundestagswahl 2017 die AfD verlassen und die Blaue Partei gegründet.

Das EP-Ausschusswesen

Die (legislative) Hauptarbeit des EP findet nicht in den Fraktionen, sondern in den zwanzig Ausschüssen statt, die in etwa die fraktionsbezogene Zusammensetzung des Plenums widerspiegeln. Dort werden Positionen zu den Legislativvorschlägen der Kommission (bzw. Ratspositionen) sowie Stellungnahmen, Berichte u.ä. erarbeitet und beschlossen, bevor sie im Plenum zur Abstimmung gelangen. Entscheidend für die inhaltliche Ausrichtung ist die Federführung, d.h. welche Fraktion den/die Berichtersteller*in stellt. Für eine gerechte Aufteilung haben die Ausschüsse ein (informelles) Punktesystem, mit der jeder Fraktion proportional zu ihrer MEP-Anzahl im Ausschuss jährlich Punkte zugeteilt werden. So erhalten z. B. im FEMM-Ausschuss alle Fraktionen die doppelte Anzahl Punkte wie ihre MEP Mitglieder sind. Wenn zwei Fraktionen eine Federführung wollen, erhält jene den Zuschlag die prozentual noch am meisten Punkte hat (Quelle: persönlicher Austausch). Da Berichte und Stellungnahmen unterschiedlich viel »kosten«, müssen gerade kleinere Fraktionen Punkte taktisch klug einsetzen, um ihre inhaltlichen Schwerpunkte zu besetzen. Berichtersteller*innen sind darauf angewiesen, sich mit den so genannten Schatten-Berichtersteller*innen abzustimmen, die die anderen Fraktionen stellen. So kann nur über eine Fraktionszugehörigkeit an standardmäßigen Ausschussaufgaben teilgenommen werden. Erst wenn ein Bericht o.ä. eine Ausschussmehrheit hat, wird über ihn im EP-Plenum abgestimmt. Mehrheiten jenseits der »großen Koalition« sind nicht ohne weiteres herzustellen und bedürfen einer guten Aushandlung im jeweiligen Ausschuss, denn eine Koalition aus EVP und S&D könnte immer von ihnen ungewollte Beschlüsse verhindern.

Der FEMM-Ausschuss und Gleichstellungspolitik

Gleichstellungspolitik wird überwiegend im FEMM-Ausschuss verhandelt, der in erster Linie mit eigenen, nicht-bindenden Initiativberichten arbeitet und eher selten Gesetzgebungsvorgänge erhält (Ahrens 2016; Jacquot 2015). Der Ausschuss gilt als relativ machtlos und hat eine Sonderstellung: die Mitgliedschaft ist rein freiwillig und wird nicht in die formale Ausschusszählung gerechnet; MEPs dürfen sonst lediglich in einem Ausschuss ständiges Mitglied sein. Dies bedeutet einerseits doppelte Ausschussarbeit für die FEMM-MEPs, andererseits bildet sich dadurch ein ausschussübergreifendes MEP-Netzwerk, dass kein anderes Politikthema in der Form aufweist (Ahrens 2016).

Der FEMM-Ausschuss ist im EP umstritten und es gab immer wieder Versuche ihn abzuschaffen – insbesondere seit 1997 Gender Mainstreaming im Amsterdamer Vertrag verankert wurde (Ahrens 2016). Die Ausschussarbeit war bisher gekennzeichnet durch eine fraktionsübergreifende Solidarität und Kooperation (Jacquot 2015). Das bedeutet nicht, dass im FEMM-Ausschuss ausschließlich MEP mit progressiven gleichstellungspolitischen Positionen vertreten sind. So wurde beispielsweise vor einiger Zeit der Vorsitz der rechtskonservativen Anna Zaborska (EVP) kritisch gesehen (Rolandsen Agustín 2012, 31; Jacquot 2015, 126). Zudem haben EVP-MEP in letzter Zeit zu Hearings häufiger als früher konservative Akteur*innen eingeladen (Rolandsen Agustín 2012).

Berichte, die im Ausschuss von einer Mitte-Links-Koalition getragen werden, können im Plenum am Widerstand von EVP und rechtsgerichteten Fraktionen scheitern. So wurde 2013 der Estrela-Bericht⁶ (S&D) zu sexueller und reproduktiver Gesundheit im Ausschuss angenommen, aber im EP-Plenum abgelehnt. Viele konservative MEP stimmten nach massiver Mobilisierung durch die u. a. von Hedwig von Beverfoerde (CDU, Deutschland) organisierte europäische Bürgerinitiative »Einer von uns« und die Initiative Familienschutz dagegen (Hentges/Nottbohm 2017, 194f; Kemper 2014, 31 ff). Ähnliche, allerdings nicht erfolgreiche Mobilisierung gab es 2013 beim Lunacek-Bericht (Grüne/EFA) zur Respektierung der Grundrechte für Homo- und Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle (LSBTI), 2015 beim Rodrigues-Bericht (S&D) zur Stärkung der Stellung von Mädchen in der EU durch Bildung, und beim Noichl-Bericht (S&D) zur Strategie der EU für die Gleichstellung von Frauen und Männern nach 2015 (Hentges/Nottbohm 2017, 195–199; Kemper 2014, 33).

Kantola und Rolandsen Agustín (2016) analysierten die Fraktionen hinsichtlich ihrer gleichstellungspolitischen Positionen und des Abstimmungsverhaltens im FEMM-Ausschuss und im Plenum am Beispiel der FEMM-Berichte zur Wirtschafts- und Finanzkrise und zu sexuellen und reproduktiven Rechten und stellten fest, dass Gleichstellung bei den Fraktionen einen unterschiedlichen Stellenwert hat: bei S&D, Grünen/EFA und GUE/NGL findet sich Gleichstellungs- und Frauenpolitik sowohl als eigenständiges Thema sowie auch als Thema z. B. der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, und Menschenrechtspolitik (a. a. O., 642f.). Bei allen anderen Fraktionen spielt Gleichstellungspolitik eine untergeordnete Rolle: die ALDE benennt Gleichstellung nur in wenigen zentralen Dokumenten, während die EVP Gleichstellung in ihren allgemeinen Dokumenten nie

⁶ EP-Berichte werden nach den Berichterstatter*innen benannt, hier Edite Estrela.

anspricht und nur ausgewählte Gleichstellungsprogramme anführte (ebd.). Bei der EKR wird Gleichstellung nur in europakritischen Zusammenhängen als Einmischung in nationale Angelegenheiten erwähnt, während bei der EFDD Gleichstellung nur marginal zusammen mit Islamkritik benannt wird (ebd.). Die daraus im FEMM-Ausschuss resultierenden Positionierungen und das dortige Abstimmungsverhalten sowie das im Plenum zeige, dass es – mit Ausnahme der rechtsgerichteten Fraktionen – ein relativ einheitliches Grundverständnis von Gleichstellung innerhalb wie auch übergreifend bei den Fraktionen gäbe, wenn auch beeinflusst vom jeweiligen Thema und dem zeitlichen Kontext (a. a. O., 649). Die ersten FEMM-Berichte zur Wirtschafts- und Finanzkrise und den Auswirkungen für Gleichstellung wurden auch von der EVP getragen, und erst nachdem diese sich für Austeritätspolitik aussprachen nahmen Konflikte mit GUE/NGL und Grüne/EFA zu (a. a. O., 645).

Wie sich im FEMM-Ausschuss die seit 2009 zunehmend vertretenen MEP mit anti-feministischen Positionen beteiligen, ist Gegenstand der folgenden empirischen Analyse. Welche Möglichkeiten haben sie im FEMM-Ausschuss und damit auch im EP ihre neoreaktionären Politiken zu etablieren und zu normalisieren? Wie widerständig ist der FEMM-Ausschuss gegenüber anti-feministischen Positionen?

Dazu wurden (Schatten)Berichterstattungen und Stellungnahmen der laufenden Legislaturperiode (seit 2014) im FEMM-Ausschuss als paradigmatische parlamentarische Arbeit gesammelt.⁷ Der Fokus lag auf MEPs der Fraktionen EKR, EFDD und ENF, da nur in diesen anti-feministische Positionen öffentlich vertreten werden⁸. Die Dokumente wurden untersucht und auf die folgenden Fragen hin verglichen: 1) welche parlamentarischen Tätigkeiten ausgeführt wurden, 2) wie MEPs abstimmen und ob sie innerhalb von Fraktionen einheitlich abstimmen, 3) ob die drei Fraktionen ein ähnliches Abstimmungsverhalten haben, 4) ob sie untereinander oder mit anderen Fraktionen zusammenarbeiten, und 5) ob sich die Inhalte in den FEMM-Beschlüssen wiederfinden lassen.

⁷ Ich danke Samantha Saldana für ihre Unterstützung bei der Dokumentensammlung.

⁸ Auch in anderen Fraktionen gibt es MEPs mit anti-feministischen Positionen, aber diese individuellen Positionen sind nicht Grundlage der Fraktionsarbeit (Ahrens 2016).

MEPs der Fraktionen EKR, EFDD und ENF im FEMM-Ausschuss

Der FEMM-Ausschuss besteht aktuell aus 37 MEP (29 Frauen, 8 Männer): elf von der EVP, neun von S&D, je drei von ALDE, GUE/NGL, Grüne/EFA, EKR und EFDD, ein Mandat für ENF und eine fraktionslose MEP⁹. Die drei rechtsgerichteten Fraktionen sind somit mit sieben MEP (18,9%) vertreten, vier Frauen und drei Männer (vgl. Tabelle 2); sie sind seit 2014, bzw. seit 2017 im EP und im FEMM-Ausschuss. Beatrix von Storch und Vicky Maeijer sind 2017 in ihr jeweiliges Nationalparlament gewählt worden und wurden im EP von Jörg Meuthen bzw. André Elissen ersetzt, die automatisch deren Funktionen übernahmen.

FEMM-Ausschussvorsitzende ist Vilija Blinkevičiūtė (S&D). Von den drei rechtsgerichteten Fraktionen stellt nur die EKR mit Jana Žitňanská eine stellvertretende Vorsitzende.¹⁰ Der Ausschuss hat in dieser Legislaturperiode bisher 23 eigene Berichte und 65 Stellungnahmen zu Vorhaben anderer Ausschüsse verabschiedet.

Tabelle 2: MEPs der Fraktionen EKR, EFDD und ENF im FEMM-Ausschuss

Name	Fraktion	Nationale Partei	Land
Jana Žitňanská (Stellv. Vorsitzende)	EKR	Nova	Slowakische Republik
Arne Gericke	EKR	Freie Wähler ¹¹	Deutschland
Jadwiga Wiśniewska	EKR	PiS	Polen
Daniela Aiuto	EFDD	Cinque Stelle	Italien
Jörg Meuthen (seit Oktober 2017)	EFDD	AfD	Deutschland
Margot Parker	EFDD	UKiP	Großbritannien
Beatrix von Storch (bis September 2017)	EFDD	AfD	Deutschland
Vicky Maeijer (bis Mai 2017)	ENF	Partij voor de Vrijheid	Niederlande
André Elissen (seit Juni 2017)	ENF	Partij voor de Vrijheid	Niederlande

⁹ Nach Geschlecht: EVP neun Frauen, zwei Männer; S&D neun Frauen; ALDE drei Frauen; GUE/NGL, EKR und EFDD jeweils zwei Frauen, ein Mann; Grüne/EFA eine Frau, zwei Männer; ENF ein Mann.

¹⁰ Beatrix von Storch (damals noch EKR) kandidierte auch, wurde aber von den anderen Fraktionen abgelehnt.

¹¹ Bis 9. Mai 2017 Mitglied der deutschen Familienpartei und Stellvertreter im FEMM-Ausschuss.

Quantitative Analyse der Ausschusstätigkeit

Bisher war kein MEP der drei Fraktionen für einen der 23 Initiativberichte dieser Legislaturperiode federführend, sondern nur als Schattenberichterstatter*in zuständig (Beatrix von Storch elfmal, Daniela Aiuto zehnmal, Jadwiga Wiśniewska neunmal, Jana Žitňanská und Arne Gericke je fünfmal). Ob die drei rechtsgerichteten Fraktionen bisher mit den Punkten einer anderen Fraktion überstimmt wurden oder ob sie ihre Punkte erst später oder gar nicht einsetzen wollen, bleibt offen.

Bei Stellungnahmen zu Vorhaben anderer Ausschüsse ist das Bild ähnlich. Von 65 Stellungnahmen wurden zwei von der EKR (Jana Žitňanská, Arne Gericke) und zwei von der EFDD (Daniela Aiuto) verfasst; die ENF hat keine Stellungnahme federführend verfasst. Margot Parker, Vicky Maeijer, Jörg Meuthen und André Elissen hatten zum Zeitpunkt der Datenerhebung keinerlei Aktivitäten in Form von (Schatten)Berichten oder (Schatten)Stellungnahmen zu verzeichnen.

Bei den Abstimmungen im FEMM-Ausschuss waren – mit Ausnahme von Daniela Aiuto – alle MEP rechtsgerichteter Fraktionen häufig abwesend während das bei den anderen Fraktionen selten vorkam. Wenn sie (oder Stellvertreter*innen) abstimmten, dann häufig gegen die Mehrheitsposition oder mit Enthaltung, wobei irrelevant war, welche der Fraktionen den Bericht verfasst hatte. Einzige Ausnahme ist Daniela Aiuto, die abgesehen vom umstrittenen Rodrigues-Bericht immer für die Annahme der Berichte stimmte. Hier kommt zum Tragen, dass in der EFDD zwar viele Parteien mit rechtsgerichteten oder antifeministischen Positionen vertreten sind, aber Cinque Stelle anders abstimmt. Insofern ist es auch keine Überraschung, dass Aiuto zwei Stellungnahmen verfassen konnte.

Inhaltliche Analyse der Ausschusstätigkeiten

EFDD, EKR oder ENF könnten potenziell Abstimmungen zu strittigen Berichten entscheiden, indem sie anderen Fraktionen Zustimmung zusichern z.B. falls einige ihrer Änderungsanträge aufgenommen werden. Hierzu habe ich vier Berichte, bei denen das Abstimmungsergebnis einem Patt nahe kam, analysiert (vgl. Tabelle 3). Die Berichte wurden durch eine Mitte-Links-Koalition (Honeyball, Kuneva, Basterrechea) bzw. eine Rechts-Liberale-Koalition (Le Grip) beschlossen. Alle anderen FEMM-Berichte wurden durch EVP und S&D getragen.

Tabelle 3: Strittige FEMM-Berichte

Bericht und Berichterstatlerin	Abstimmungsergebnis FEMM und Plenum		
	+	-	0
Bericht über die Lage weiblicher Flüchtlinge und Asylsuchender in der EU (2015/2325(INI)). Mary Honeyball, S&D. Verabschiedet im FEMM 10.2.2016, im Plenum 8.3.2016.	18	10	0
	388	150	159
Bericht über weibliche Hausangestellte und weibliches Pflegepersonal in der EU (2015/2094(INI)). Kostadinka Kuneva, GUE/NGL. Verabschiedet im FEMM 5.4.2016, im Plenum 28.4.2016.	16	1	14
	279	105	204
Bericht über die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen psychische Gesundheit und klinische Forschung (2016/2096(INI)). Beatriz Becerra Basterrechea, ALDE. Verabschiedet im FEMM 12.12.2016, im Plenum 14.2.2017.	19	11	0
	364	171	155
Bericht über die Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Beendigung und Vermeidung des geschlechtsspezifischen Rentenfälles (2016/2061(INI)). Constance Le Grip, EVP. Verabschiedet im FEMM 12.5.2017, im Plenum 15.6.2017.	17	5	13
	433	67	175

Zeichenerklärung: + = Zustimmung; - = Ablehnung; 0 = Enthaltung

Beim Honeyball-Bericht haben S&D, GUE/NGL, VERTS/ALE und ALDE dafür und EVP, ENF und EKR dagegen gestimmt, während die EFDD gespalten war. Im Plenum führte die Patt-Situation zu einem Alternativ-Entschließungsantrag von EVP und zu zahlreichen namentlichen Abstimmungen – häufig initiiert von Beatrix von Storch (EKR). Das Thema – Geflüchtete und Asylsuchende – war hochumstritten und die nationalen Positionen variierten, weshalb die klare parteipolitische Positionierung im FEMM nicht direkt nachvollziehbar ist. In der Plenarsitzung und bei namentlichen Abstimmungen zu einzelnen Paragraphen setzte sich diese nicht nahtlos fort, sondern Fraktionen oder einzelne MEPs wechselten je nach Beschlussvorlage – wobei aber die Mehrheit für den Bericht oder für einzelne Paragraphen erhalten blieb. In den Debatten argumentierten EKR und ENF (seltener EFDD) »femotionalistisch« (Farris 2017); eine Linie, die von allen anderen Fraktionen scharf kritisiert wurde.

Der Kuneva-Bericht wurde mit den Stimmen von S&D, GUE/NGL, VERTS/ALE, und je einer von EVP, EFDD, und EKR beschlossen, die Gegenstimme kam von der EFDD, während ALDE, EVP und zwei von EKR sich enthielten (ENF abwesend). Im Plenum wurde der Bericht kaum diskutiert und von den MEP, die sich zu Wort meldeten (u. a.

ein EKR-MEP), begrüßt. In den Kommentaren und auch Änderungsanträgen lässt sich ablesen, dass die Enthaltungen im Ausschuss vor allem daher rührten, dass es Uneinigkeit über die EU-Zuständigkeit für diesen Politikbereich gab. Bei der Abstimmung brachten allen Fraktionen Änderungsanträge ein, z. B. EVP und ALDE zu Zuständigkeitsfragen, die aber überwiegend abgelehnt wurden. Die EKR reichte einige Änderungsanträge gemeinsam mit der EVP ein, aber diese erhielten keine Mehrheit.

Der Basterrechea-Bericht erhielt im Ausschuss die Stimmen von S&D, GUE/NGL, VERTS/ALE, ALDE und EFDD und eine von EVP; neun EVP und EKR stimmten dagegen (ENF abwesend). Auch hier war die Plenardebatte kurz, die Inhalte wiederum konträr und kennzeichnend dafür wie etabliert rechtskonservative Positionen bereichsweise sind. Einige EVP-MEP äußerten, dass eine Gender-Perspektive inhaltlich unangemessen und für klinische Studien unnötig und Gesundheitspolitik nationalstaatliche Aufgabe sei, und sie kritisierten, dass das Recht auf Abtreibung im Bericht enthalten ist. Daran anknüpfend verunglimpfte ein EKR-MEP den Bericht und Ausführungen zu Transgender als »Gender-Ideologie«; offenbar eine Minderheitenposition, denn der Bericht wurde auch mit Stimmen von EVP, EKR und EFDD beschlossen.

Für den Le Grip-Bericht stimmten EVP, ALDE, EKR und ein EFDD-MEP, GUE/NGL und zwei EFDD dagegen, S&D, VERTS/ALE, und ein*e EVP-MEP enthielten sich (ENF abwesend). Der Fakt ungleicher Renten war bei den Wortmeldungen aller Fraktionen (d. h. auch EKR, EFDD, ENF) unumstritten und mit dem Gender Pay Gap als Ausgangspunkt Konsens – mit Ausnahme von Beatrix von Storch, die dazu eine »Minderheitenansicht gemäß Artikel 52a« einreichte, die aber im verabschiedeten Bericht nicht auftaucht. Weitere Divergenzen lassen sich mit der Plenardebatte verdeutlichen: S&D, VERTS/ALE und GUE/NGL ging der Bericht nicht weit genug und sie forderten mehr europäisches Engagement, während EVP und ALDE auf nationalstaatliche Kompetenzen verwiesen. Diskutiert wurde auch, ob die Lösung in mehr Kinderbetreuung und verbessertem Arbeitsmarktzugang oder in Entlohnung bisher unbezahlter Hausarbeit liege.

Rechtsgerichtete MEP im FEMM: ein Ausblick

Die quantitative und inhaltliche Analyse der MEP-Aktivitäten rechtsgerichteter Fraktionen im FEMM-Ausschuss zeigt, dass sie verglichen mit ihrem Anteil von rund 19% bisher kaum eine Rolle für die Beschlüsse

spielten. Trotz freiwilliger Mitgliedschaft übernehmen sie kaum (Schatten-)Berichterstattungen u.ä. und sind selten an Abstimmungen beteiligt. Selbst Beatrix von Storch, die öffentlichkeitswirksam anti-feministische Positionen vertritt und verhältnismäßig viele Stellungnahmen abgab, hat von ihrem Stimmrecht im FEMM-Ausschuss selten Gebrauch gemacht. Die Intra-Gruppen-Kohäsion ist relativ niedrig und es kommt zu uneinheitlichem Abstimmungsverhalten: Daniela Aiuto (EFDD) stimmte mehrheitlich anders als ihre Fraktionskolleg*innen und auch bei EKR und ENF gab es gegensätzliches Abstimmungsverhalten. EFDD, EKR und ENF scheinen nicht zusammen arbeiten; sie haben keinen einzigen gemeinsamen Änderungsantrag eingereicht.

Um die Widersprüche zu erklären, wäre es sinnvoll aus feministisch-institutionalistischer Perspektive formale und informelle Regeln und Routinen des FEMM-Ausschusses zu prüfen. Erklärt z.B. der informelle Fraktionszwang bei Abstimmungen die geringe Präsenz rechtsgerichteter Fraktionen in den Ergebnissen des FEMM? Oder erschwert es die geringe Punktzahl den drei Fraktionen, gegen den Widerstand anderer Fraktionen einen Bericht zu erhalten oder nutzen sie ihre Punkte schlicht nicht, da es unwahrscheinlich erscheint, dass sie eine stabile Mehrheit zur Berichtsverabschiedung erreichen?

Neben institutionellen Faktoren sind eventuell auch die uneinheitlichen Positionen zu Geschlechter- und Gleichstellungspolitik in den nationalen Parteien wichtig (Hentges/Nottbohm 2017; Mudde 2007). Die neoreaktionäre Mobilisierung gegen Gleichstellung könnte ein Steckenpferd Einzelner sein und nicht generell von den drei Fraktionen verfolgt werden (Kantola/Rolandsen Agustín 2016; Kováts 2018). Ob sich im FEMM-Ausschuss zukünftig neoreaktionäre Politiken etablieren lassen und eine Verschiebung nach rechts inklusive Normalisierung antidemokratischer Einstellungen stattfindet ist angesichts der vorliegenden Empirie ungewiss.¹²

Literatur

Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce Marie (2014): »Dieses Mal ist es anders« – oder doch nicht? Eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014 und ihrer Folgen. In: *Femina Politica* 23 (2), 138–149.

¹² Diese Arbeit wurde im Rahmen der Marie Skłodowska-Curie-Grant Nr. 702134 mit Mitteln von Horizont 2020 gefördert.

- Ahrens, Petra (2016): The Committee on Women's Rights and Gender Equality – Taking Advantage of Institutional Power Play. In: *Parliamentary Affairs*. 69(4), 778–793.
- Farris, Sara R. (2017): In the Name of Women's Rights: The Rise of Femonationalism. Durham.
- Hentges, Gudrun/Nottbohm, Kristina (2017): Die Verbindung von Antifeminismus und Europakritik. Positionen der Parteien »Alternative für Deutschland« und »Front National«. In: Hentges, Gudrun/Nottbohm, Kristina/Platzer, Hans-Wolfgang (Hrsg.): *Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog*. Wiesbaden, 167–208.
- Jacquot, Sophie (2015): *Transformations in EU Gender Equality. From Emergence to Dismantling*. Basingstoke.
- Janssen, Thilo (2013): *Die Europäisierung der rechten EU-Gegner. Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Kantola, Johanna/Rolandsen Agustín, Lise (2016): Gendering transnational party politics: The case of European Union. In: *Party Politics*. 22(5), 641–651.
- Kemper, Andreas (2014): *Keimzelle der Nation, Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisierten*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Köttig, Michaela/Petö, Andrea/Bitzan, Renate (Hrsg.) (2017): *Gender and Far Right Politics in Europe*. Basingstoke.
- Kováts, Eszter (2018): Questioning Consensuses: Right-Wing Populism, Anti-Populism, and the Threat of »Gender Ideology«. *Sociological Research Online*, DOI: 10.1177/1360780418764735.
- Kováts, Eszter/Poim, Maari (Hrsg.) (2015): *Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-Gender Mobilizations in Europe*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Budapest.
- Kriszan, Andrea/Siim, Birte (2018, im Erscheinen): *Gender equality and family in populist radical right agendas: European Parliamentary debates 2014*. In: Knijn, Trudie/Naldini, Manuela (Hrsg.): *Gender and Generational Division in EU Citizenship*. Cheltenham.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (2017): *Anti-Gender Campaigns. Mobilizing Against Equality*. London, New York.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge.
- Mudde, Cas (2014): *Electoral winners and political losers in the right-wing Eurosceptic camp*. <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/cas-mudde/electoral-winners-and-political-losers-in-rightwing-eurosceptic-camp> (31.03.2018).
- Rolandsen Agustín, Lise (2012): (Re)defining women's interests? Political struggles over women's collective representation in the context of the European Parliament. In: *European Journal of Women's Studies*. 19 (1), 23–40.
- Warasin, Markus (2016): »Keep Calm and Carry On«. *Agenda-Setting and the Work of FEMM*. Vortrag 1.3.2016, Humboldt-Universität zu Berlin. https://www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrbereiche/sag/mitarbeiterinnen/petra-ahrens/presentations/kosmos_warasin_presentationpdf.pdf (28.01.2018).